

Autobahn kommt

WILHELMSBURG Hajduk verspricht Verkehrskonzept, hält aber an Verlegung der Reichsstraße fest

Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL) hat den WilhelmsburgerInnen das gewünschte Integrierte Verkehrskonzept versprochen. Zugleich hat sie deutlich gemacht, dass sie an ihrem Plan festhalten will, die Wilhelmsburger Reichsstraße (B 4/ B 75) an die Bahntrasse zu verlegen. In Wilhelmsburg stößt das nach wie vor auf Kritik. Bei einigen gilt Hajduks Entscheidung als Beleg dafür, dass der Beteiligungsprozess, bei dem die Vorstellungen der Wilhelmsburger in die Planung einfließen sollten, ein "Farce" gewesen sei.

In dem Beteiligungsprozess seien alle wichtigen Argumente und Varianten zum Thema Verlegung der Reichsstraße diskutiert worden, sagt Hajduks Sprecher Enno Isermann. "Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass das ein richtiger Schritt ist." Es bestehe ein Zeitdruck, denn Hajduk wolle die Reichsstraße bis zur Internationalen Bauausstellung (IBA) 2013 verlegen.

Die Frage, wer für den Lärmschutz an der kombinierten Schnellstraßen- und Bahntrasse aufkommt, ist nach Auskunft Isermanns geklärt. Werde die Straße an die Bahn verschoben, müsse die Bahn ihre Gleise verlegen und deshalb einen Lärmschutz finanzieren. Zusammen mit den Lärmschutzprojekten des Senats werde es an der Trasse 60 Prozent leiser sein als heute.

Jochen Klein, der am Beteiligungsprozess mitgearbeitet hat, sieht aber weitere ungelöste Probleme. "Die Knackpunkte sind die Ausfahrten", sagt er. Dafür stehe nur wenig Raum zur Verfügung. Die jetzt geplante Ausfahrt an der Rotenhäuser Straße würde dazu führen, dass die Autos von der Autobahn einen Umweg durch den Stadtteil fahren müssten, um ins heutige Zentrum an der S-Bahn-Station zu gelangen.

Klein gehört zu einer von sechs Bürgerinitiativen, die an dem Beteiligungsprozess mitwirkten. Sie verabschiedeten eine Erklärung, in der sie kritisieren: "Das Verfahren ist den Anforderung an eine ergebnisorientierte Bürgerbeteiligung nicht gerecht geworden." Ein Kontrakt wie bei der Messe-Erweiterung habe nicht geschlossen werden können, weil es keine Verhandlungen gegeben habe.

GERNOT KNÖDLER

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags